

# Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Für unentgeltlich eingehende Manuskripte  
verantwortlich die Redaktion des Besonderen Teils.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin,  
Grund- und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Die Pariser Orientbesprechungen.

### Curzons Konferenz mit Briand.

16. Juni, 18. Juni.  
Der „Tribuna“ zufolge kommt der Pariser Begegnung zwischen Curzon und Briand, der der italienische Botschafter beiseite, wichtige vorbereitende, nicht offizielle entscheidende Bedeutung zu. Die Besprechung der Pariser Unterredungsbürokratie findet „Tribuna“, daß die Unterhaltung zwischen Curzon und Mathenan, so begründet ist, immerhin dem Prestige der Gesamtheit nicht übermäßig geschadet hat. Das gefährlichste Thema neben Oberlilien sei die Frage des Balkans, das schon morgen ruffische Truppen nach Kleinasien führen könne. Sollten die Griechen gegen, so trete nach dem russisch-polnischen Vertrag die russische Hilfe gegen die Griechen automatisch in Kraft. Im Falle einer griechischen Niederlage oder werde sowohl der türkische als der russische Wahnwitz keine Grenzen mehr kennen. Die Pariser Besprechungen kamen jedenfalls viel zu spät, um schweres Schicksal aufzuhalten.

Die „Tribuna“ meint, daß das plötzlich einseitig emporkommende „Gegensatz“ Europa vor die schwersten Gefahren stelle. Nichts rufen bolschewistische Truppen in Kleinasien ein und reichen die Zentren die Hände, um die Dardanellen zu erobern. Das Programm der neuen Angoro-Regierung erkenne ferner die Verträge nicht an, die das frühere Kabinett mit den europäischen Mächten abgeschlossen und verlor das des Euphratvertrages. In welcher Lage befinden sich nun „fragt die „Tribuna“, die Entente-Verträge unter Achtung der Selbstbestimmung und dem französischen Vorkriegsvertrag? Welche Folgen muß es für Europa haben, wenn morgen die Griechen von den Russen und Türken angegriffen werden und letztere an den Dardanellen erscheinen? In solchen Fällen sei die Lage überaus ernst.

Der halbhohe „Messaggero“ himmt in dem Alarmruf der „Tribuna“ ein und sagt bereits die mit den Bolschewisten verarbeiteten Zentren vor Konstantinopel. Das russisch-türkische Bündnis, will der „Messaggero“ aus guter Quelle wissen, datiere seit 1917, wo Reichsd Wladimir nach Moskau reiste. Heute verfolge die Verwirklichung zu einer Allianz über hunderttausend Mann in Gebirgen, hundstausendtausend in Armenien und über dreißigtausend in Kleinasien. Ferner liegen in der Umgegend von Konstantinopel hunderttausend allerbekannteste Russen der Reaktionäre, die in den Dardanellen, die zweifellos zu den Bolschewisten überlaufen werden.

Der „Messaggero“ leitet aus dieser Lage die schwersten Gefahren für den europäischen Frieden her. Gefährlich noch der offizielle „Tempo“, der sagt, in Kleinasien handle es sich um ein Reich. Die englische Außenpolitik, die die Russen und Türken in Kleinasien und Konstantinopel zurückhalten, solle nur die Zäsuren bilden. Wenn die Türkei reise jetzt nach Rom und Paris, um Frankreich und Italien über die Absichten Anzeln zu beruhigen. Die Entente werde gleichzeitig über die Orientfrage und die oberirdische Frage verhandelt, sonst werde Lloyd George imhinde, Briand im Deutschenland zu hegen, um sich im Falle der Entsehung eines neuen Regimes in Wien helfen zu lassen.

Angora ablehnten, würden die Alliierten Griechenland ihre finanzielle Unterstützung bei dem Kampf, der alsdann unvermeidlich werde, unterbrechen lassen. „Berling glaubt nicht, daß ein derartiger Plan ausführbar sei. Nach „Berling“ sollen die Griechen aufgefordert werden, ihre Truppen aus ganz Kleinasien, Smyrna eingeschlossen, zurückzuziehen. Aus Smyrna soll eine autonome Provinz gemacht werden, jedoch unter türkischer Oberhoheit, daß die Sicherheit und Rechte der griechischen Bevölkerung garantiert werden. Würde dieser Vorstoß von den Türken abgelehnt, dann würden die Alliierten Griechenland nicht nur finanzielle Hilfe leisten, sondern ihm auch Kriegsmaterial liefern. „Berling“ ist der Ansicht, daß Frankreich von nun ab in Syrien eine gemeinsame Position mit der Türkei habe. Das dürfe die französische Regierung nicht vergessen.

London, 18. Juni. (W. T. B.)

In Paris ist der „Morning Post“ zufolge die Ansicht sehr verbreitet, daß die Beratungen zwischen Curzon und Briand ein weit größeres Feld umfassen würden und wahrscheinlich auch die Fragen von noch größerer Bedeutung, die im Zusammenhang mit der kleineren Entente der Unterzeichnung des Vertrages zwischen Rumänien und Süd-Slawen entstanden. „Daily Telegraph“ schreibt, es werde zugegeben, daß bezüglich eines Lieberentkommens in der Orientfrage ernste Hindernisse im Wege ständen. Wenn beispielsweise der von Seiten der französischen Presse gemachte Vorstoß, daß ein Lieberentkommen möglich sei, wenn ein türkischer Konflikt nicht abzuwenden, noch auch immer in Kleinasien geblieben, wörtlich genommen werden müßte, dann sei eine Verbesserung zweifellos. „Daily Telegraph“ erwähnt die Möglichkeit, daß Rumänien im Falle einer Division zur Unterstützung Griechenlands stellen könnte. Es würde für die britische Diplomatie ein leichtes sein, den guten Willen Rumaniens zu ermutigen und so belohnen durch eine gezielte Anerkennung der Donaupolitik Großbritannien, die auch den Serben entgegenkommen würde.

## Englische Sorgen um Griechenland.

(Privatmeldung)

London, 18. Juni.

Aus der englischen Presse geht mit großer Klarheit hervor, daß nun weder mit der Zeit von West-Smyrna noch nach Paris noch mit der Hilfe des französischen Generals Franchet d'Espèrey nach Angora einverstand ist. Es wird behauptet, daß diejenigen, die diese Hilfe erteilen haben, der Sache der Entente einen sehr schiefen Dienst erwiesen haben. Im Zusammenhang damit schreibt der „Daily Telegraph“: „Es ist nicht zu verneinen, daß die Anwesenheit von Lord Konstantin in Smyrna dem Geist der Truppen gegeben hat. Aber es erregt großen Zweifel, ob Oberst Metzger, der vorher der beauftragte alle Offiziere war und aus der beste Offizier der ganzen Kavallerie ist, mit dem Chef des Generalstabes zusammen zusammenarbeiten kann.“ Daher wird es laut „Daily Telegraph“, als wahrscheinlich angesehen, daß Lord Konstantin selbst die Führung der Operationen übernehmen wird. Das Blatt hat hinzu: „Womöglich die Griechen für eine Sache kämpfen, die alles in allem die Sache ganz Europas ist.“ (1) Lona nicht gesagt werden, daß diese Aufgabe ihnen leicht fallen wird, so daß der Ausgang zweifelhaft erscheint muß. In armenischen Kreisen wird davon geredet, eine Freiwillegenschaft zu bilden, die, wenn die Engländer und Amerikaner es gestatten, mit den Griechen zusammen kämpfen soll. Es wird ferner, wenn nicht völlig ausgeschlossen sein, diesen Plan durchzuführen, solange England seine gegenwärtige Neutralität beibehält.

## Die Schwierigkeiten der argentinischen Regierung.

Die parlamentarische Unterfuchung gegen den Finanzminister. — Die Regierung schließt den Saften.

Von unserem Korrespondenten

Felix Bagel.

II Buenos Aires, Mitte Mai.

Nicht selten wird Argentinien mit Deutschland, wie es vor dem Weltkrieg dalaug, verglichen. Der gleiche wirtschaftliche Aufschwung, die gleiche Zunahme des Nationalvermögens, die gleiche Steigerung des Prestiges und der doppelt so schnell anschwellende Reib der Nachbarn. Vor 1914 wurde die Parallele kaum über die Grenzen Südamerikas hinaus gezogen. Heute, nachdem Argentinien zusammen mit ganz wenigen seine Neutralität behaupten und in der internationalen Politik, wie z. B. in der Völkervereinigung, seine eigenen Wege gehen konnte — heute, wo es als Weltwirtschaftsfaktor gleichmäßig von dem seine neue Machtstellung verteidigenden Nordamerika loszulassen neu entdeckt worden ist, wird dem jungen Lande ganz allgemein eine Großmachtsstellung zugesprochen, für die es noch nicht reif ist. Das schafft Verpflichtungen, die über Argentinien hinausgehen und hat, ohne eigene Schuld, die wirtschaftliche Krise heraufbeschworen, die einen bedrohlichen Umfang angenommen hat. Besonders ist es Deutschland um Verhängnis gerichtet, daß seine außenpolitische Führung mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt zu halten vermag, könnte es Argentinien gefährlich werden, daß seine innerpolitische und soziale Struktur noch nicht gefestigt genug ist, um die schwere Rüttlung einer wirtschaftlichen Großmachtsstellung tragen zu können. Diese Gefahr ist gerade gegenwärtig am größten, wäre Argentinien nicht wenigstens im vollen Bewußtsein seines Ansehens schon lange vor dem Weltkrieg und der Weltverwirrung über jene Entwicklungslinie hinausgewachsen, welche viele seiner südamerikanischen Schweserrepubliken selbst heute noch nicht überwinden haben, über die Revolution exotischer Staaten, die mit dem politischen Impuls in den meisten Fällen die Richtungsänderung irgendwelcher wirtschaftlicher Verpflichtungen herbeiführt.

Die Regierung steht im Begriff, innerpolitisch abzuwickeln. Der ganze Monat April wurde mit Kammerebatten über die Auflagen gegen den Finanzminister Dr. Domingo Salaberry angefüllt, mit dessen Umfassung sich drei parlamentarische Untersuchungsausschüsse befaßt hatten. Unweifelhaft sind die Vorwürfe, die ihm deswegen gemacht werden, weil er als Minister die Interessen der argentinischen Großfirma Salaberry u. Verträge, der er als altüber Leihhaber angehört, in etwas auffälliger Form gewahrt hat, aus parteipolitischen Gründen stark aufgebauht worden. Die aus den Konservativen, Demokraten (d. h. gemäßigten Konservativen) und Sozialisten bestehende Opposition wollte weniger gegen die Korruption, die es auch unter früheren Regierungen gab, als gegen die herrschende radikale Partei und die Regierung des Präsidenten Irigoyen Sturm laufen, als sie durch die Wiederwahl sämtlicher drei Kommissionen den Antrag stellen ließ, dem Minister wegen Verdrachung seiner Amtsgewalt zu persönlichem Ruhen und Verzichtung seiner Pflichten den politischen Prozeß zu machen. Wir haben uns an dieser Stelle an das Ergebnis der endlosen Verhandlungen, in denen weder geglättete persönliche Angriffe der Ankläger noch tagelange Verschleppungen der Verteidiger helfen zu halfen, Dr. Salaberry wurde vorgeworfen, zuerst der Zurechtweisung im vorigen Jahre einen schwindehaften Handel mit Zuckerpapierfabriken zugunsten von vier Großfirmen, die dabei Millionen verdienen, begünstigt, diese Käufer über die geplanten Maßnahmen der Regierung auf dem laufenden gehalten zu haben und gegen gewisse Verschleppungen in der amtlichen Buchführung nicht eingegriffen zu sein. Weitere Beschuldigungen legten ihm zur Last, zum Beispielsweise den Verkauf von Eisen, unter der Vorbehaltung, daß sie für die Südterritorien, für die zollfreie Transitverträge schließt, bestimmt seien. Schließlich war noch von Metalltransaktionen aus einer Zeit, als für diese Artikel ein Absatzverbot bestand, von nicht einwandfreien Grundgeschäften und allen möglichen Wechsellagerungen die Rede, die immer irgendeine der Firma Salaberry u. Verträge zugute kamen. Die ganze Affäre erinnerte stark an den Erzberger-Gesellschaftsfall, für den unparteiischen Zuschauer aber ergaben sich doch eine Reihe recht beachtlicher Unterschiede. Vor allem fehlte eine geordnete Verhandlungsführung, indem hätte das Parlament nicht einmal die Macht, dem Finanzminister zum persönlichen Erscheinen zu zwingen, und er selbst hielt es für hinreichend, seine Verteidigung den Rednern der Regierungspartei anzuvertrauen, und schließlich gelang es dem blau-roten Block, wenn man diese Bezeichnung der Opposition aus dem heutigen Begriffe herübernehmen darf, nicht gegen Dr. Salaberry andere als Indizienbeweise vorzubringen. Kontre Beweise wurden nur gegen einige untergeordnete Beamte und Persönlichkeiten geliefert, die auch prompt als Sündenböcke in die Wüste gesteckt wurden.

Der Verlauf dieser Angelegenheit brachte in den Mehrheitsverhältnissen der Kammer eine Veränderung zuwege, die der Regierung und dem Finanzminister einen klaren verhängnisvoll geworden wäre. Von den 99 raten Deputierten nämlich, gegen sich 20 „Oppositionen“ aus dem Regierungsbloc zurück und stimmten zusammen mit den 53 Mann des blau-roten Oppositionsbloc, wenn auch nicht für Einleitung des politischen Prozesses, so doch für eine

## Die heutige Reichstagsprüfung.

Die Interpellationsdebatte.

Der Reichstag überwiegt heute zunächst den Gesetzentwurf über das Verbot zwischen Deutschland, Polen und der baltischen Ostpreußen in dem Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschenland sowie den Gesetzentwurf über den Erhaltungsbetrag zum 1. Oktober 1919 über die Erfüllung festschaltener Personen und die Gewährung von Strafrecht (deutsch-polnischer Annehmevertrag) für die Auswanderer für auswärtige Angelegenheiten, der am Montag mit dem Reichstag für auswärtige Angelegenheiten beginnt. Sodann wird die Besprechung der Interpellation der Abgeordneten Aderer und Genssen über die Ermordung des bayerischen Landtagspräsidenten Gareis fortgesetzt. Vor fast ferrem Laufe ergreift Aderer das Wort der mehrheitspolitische bayerische Abgeordnete über.

Der Redner erkennt den Einbruch der getriggen Ausführungen, nachfolgendes auf das Haus an. Ein Witz in die Presse, namentlich die rechtsstehenden Organe, gebe aber zu denken. Zweifellos ist Bayern ein Zustand geschaffen worden, an dem ein wichtiger Bestandteil seiner Freude haben könne, höchstens die Freude der Weltöffentlichkeit und Genssen. Seine Parteipolitik unter der Führung der Reichstagspräsidenten über das hinter die Verbrechen und über die Verbrechen habe. Der Redner, daß die bayerische bürgerliche Presse in die Verbrechen eines Kapitalistenkonzerns geraten sei, trage die Verantwortung der Verbrechen. Es sei die höchste Zeit, eine Entgegnung zu geben. Die deutsche nationale Empfindung, die Bayern unbekannt war, habe mit ihrem Reichstag die Möglichkeit anerkennen, so wenig gerade er, daß der Reichstag in der Lage sein werde, sein Programm des Aufbaus durchzuführen.

## Beitrag der Fortführung des englischen Kohlenarbeiterstreiks.

London, 18. Juni. (W. T. B.)

Wie die Blätter melden, erklärte nunmehr der Volksgesundheitsminister England werde am nächsten auf das Ergebnis der Abstimmung unter den Bergleuten der Kohlenarbeiterstreik fort dauern werde.

Die in den Baumwollspinnereien zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstandenen Unfriedens sind beigelegt. Die Gewerkschaften haben beschlossen, die von den Arbeitgebern vorge schlagenen Lohnsätze anzunehmen.

## Die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses.

In der getriggen Unterhandlung erklärte Chamberlain mit Bezug auf die Frage der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses, England werde ein feines Bündnis eingehen, das gegen Amerika gerichtet sei, oder unter dem es in die Lage kommen könnte, gegen Amerika zu handeln. Chamberlain deutete auf die Möglichkeit einer Fortsetzung des Bündnisses in abgeänderter Form hin und fügte hinzu, daß eine Möglichkeit gefunden werden könne, den Wunsch Groß-Britanniens nach einem vollkommenen Einvernehmen und einer engeren Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Volk mit dem Fortschreiten der Welt zu vereinigen. Es müßte das Ziel einer guten Regierung sein, das Vertrauen und das Zusammenwirken unter den Großmächten des Stillen Ozeans zu bringen, die den Wettbewerb der Mächte verbinden und den Frieden im Stillen Ozean und in den ihm anliegenden Ländern fördern.